



DPoIG-Stiftung weiht Mike-Hinrichsen-Rundweg ein



Jürgen Köhnlein,
DPoIG-Landesvorsitzender
Bayern, enthüllt das Schild

Seite 6 <

Krawalle in Stuttgart
– Klare Ansage vom
stellvertretenden
Bundesvorsitzenden
Ralf Kusterer

Seite 18 <

Fachteil:

- „Critical Mass“ – erlaubt, toleriert oder doch verboten?
- Kfz-Zulassungspflicht für ausländische EU-Staatsbürger mit Wohnsitz in Deutschland?





Kriminalitätsbelastete Orte, Bodycam, Lärmbelästigung

Das Polizeirecht im Fokus – ASOG neu

Rechtlich ist im Land Berlin einiges in Bewegung, was sich auf die Polizeiarbeit auswirkt. Das LADG ist bereits verabschiedet, siehe dazu die Seiten 2 und 3. Auch das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) soll geändert werden. Zu den Vorschlägen der Regierungskoalition äußert sich unser Landesvorsitzender Bodo Pfalzgraf.

Inhalt

- 1 Bodo Pfalzgraf zum Polizeirecht im ASOG
- 2–3 Dafür/Dagegen: Das LADG im Blick
- 4 Brief einer Polizistin zur BLM-Demo
- 5 Andi Dittrich und Angelo Kolibabski zu den Wahlen in den KV
- 6 Spuckschutz – endlose Geschichte statt guter Ausstattung?
- 6–7 DPoIG Run, Ausflug und Frauennetzwerk
- 8 Kontakte und Termine

Die Vorlage des ASOG Berlin durch die Regierungskoalition kurz vor der parlamentarischen Sommerpause kam nicht von ungefähr. Alle Beteiligten können sich nun einige Wochen intensiv mit den Vorschlägen der Politik auseinandersetzen. Im September wird es dann in eine intensive politische Auseinandersetzung gehen. Neben längst überfälligen und sinnvollen Veränderungen, die den modernen Sprachgebrauch oder die Anpassung an Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts betreffen, werden auch etliche praxis-kritische Fragestellungen zu diskutieren sein.

■ Befugnisse reduzieren?

Dabei ist die Erweiterung zu Amtshandlungen für Polizeikräfte des Bundes und der Länder, ausländischer Staaten und des Zolls eine langjährige Forderung des dbb und damit inhaltlich unproblematisch. Die **ausdrückliche Untersagung von Standardmaßnahmen gegen bestimmte Berufsgruppen scheint hingegen diskussionswürdig**. Bestimmte lang erprobte oder notwendige Standardmaßnahmen aus der Generalklausel auszukoppeln und sie als neue Standardbefugnisse zu installieren, ist sinnlos und dient der Normklarheit. Aber schon die **wesentliche Reduzierung von Befugnissen an kriminalitätsbelasteten und weiteren Orten**

muss kritisch hinterfragt werden. Auch die **Regelungen rund um die Bodycam** müssen intensiv betrachtet werden. Ob die **überfälligen Befugnisse zur präventiv-polizeilichen Telekommunikationsüberwachung** ausreichen, bleibt ebenso fraglich, wie es die **Standortermittlungsregelung nur für gefährdete Personen und nicht für gefährliche Personen** ist.

■ Richtervorbehalt

Der **Richtervorbehalt beim Einsatz von V-Personen und VE sowie die ausnahmslose Maximaldauer des Unterbindungsgewahrsams auf 48 Stunden** machen da den Kohl kaum noch fett. Schon klar, dass sich bei rasch erforderlichen Eigensicherungsdurchsuchungen die zu durchsuchende Person das **Geschlecht der durchsuchenden Person aussuchen** darf.

■ Lärmbelästigung

Die **Erhöhung der Eingriffsschwelle bei Lärmbelästigungen** wird Tausende Hauptstadtbewohnende um ihren Nachtschlaf bringen, weil die Art, Dauer und Intensität der



> Bodo Pfalzgraf

Gesundheitsgefährdung weder von den sachlich zuständigen Ordnungsämtern noch von der Polizei zu belegen sein wird, wenn die Wohnung nicht betreten werden darf.

■ Und noch die Bordelle

Spezielle Bordellschutzvorschriften durch Reduzierung der ordnungsrechtlichen Betretungsrechte auch hinsichtlich aufenthaltsrechtlicher Strafvorschriften runden das Bild ab. **Viel Arbeit für die DPoIG Berlin!**

> Corona-Regelungen zur Arbeitszeit rasch evaluieren!

Die Sonderregelungen während der Coronapandemie zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und dem Zwölf-Stunden-Dienst sind aus-gelaufen. Leider. Denn sie wurden zu einem sehr großen Anteil von den Mitarbeitenden positiv gesehen. Für uns als DPoIG Berlin ist klar, dass es eine transparente Evaluation geben muss. Unsere Forderung: Übernahme der rechtlich möglichen, erfolgreichen und mitarbeiterfreundlichen Maßnahmen in den Regelbetrieb.

Doch die ersten Antworten aus der Führungsebene lassen nicht auf eine rasche Lösung hoffen. Aber derartige Maßnahmen immer nur aufzurufen, wenn es aus dienstlichen Gründen notwendig erscheint, und die möglichen Regelveränderungen eventuell nicht angemessen zu berücksichtigen, erscheint vielen Kolleginnen und Kollegen ungerecht. Das hat mit Planbarkeit von Familie und Beruf und dem Zertifikat einer familienfreundlichen Arbeitgeberin nichts zu tun.

Impressum:

Redaktion: Kay Biewald
E-Mail: presse@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
Do. 9–18 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814

Facebook: @polizei.berlin.5
Twitter: @DPoIGBerlin
WhatsApp: 0176.73282828
Instagram: @dpolgberlin



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

**SPD****33 x**

Becker, Franziska
 Böcker-Giannini, Dr. Nicola
 Buchholz, Daniel
 Buchner, Dennis
 Czyborra, Dr. Ina
 Domer, Bettina
 Düsterhöft, Lars
 Geisel, Andreas
 Halsch, Karin
 Heinemann, Sven
 Hochgrebe, Christian
 Hofer, Torsten
 Isenberg, Thomas
 Jahnke, Frank
 Kalayci, Dilek
 Kitschun, Dr. Susanne
 Kohlmeier, Sven
 Kollatz, Dr. Matthias
 König, Bettina
 Kühnemann-Grunow, Melanie
 Kugler, Andreas
 Langenbrinck, Joschka
 Lasić, Dr. Maja
 Müller, Michael
 Radziwill, Ülker
 Saleh, Raed
 Schaddach, Robert
 Schneider, Torsten
 Schopf, Tino
 Schreiber, Tom
 West, Dr. Clara
 Wieland, Ralf
 Zimmermann, Frank

Wer schreibt, bleibt – Tipps zum Umgang mit dem LADG:

Abläufe unklar, Misstrauen groß**GRÜNE****27 x**

Altug, Dr. Turgut
 Bangert, Sabine
 Billig, Daniela
 Burkert-Eulitz, Marianne
 Gebel, Silke
 Jarasch, Bettina
 Kahlefeld, Dr. Susanna
 Kapek, Antje
 Kössler, Georg
 Kofbinger, Anja
 Ludwig, Nicole
 Lux, Benedikt
 Moritz, Harald
 Otto, Andreas
 Pieroth, Catherina
 Plonske, Eva Marie
 Pop, Ramona
 Remlinger, Stefanie
 Schmidberger, Katrin
 Schweikhardt, Notker
 Taschner, Dr. Stefan
 Tomiak, June
 Topaç, Fadoş (Fadime)
 Vandrey, Dr. Petra
 Walter, Sebastian
 Wesener, Daniel
 Ziller, Stefan

DIE LINKE**26 x**

Albers, Dr. Wolfgang
 Bertram, Philipp
 Bluhm, Carola
 Brychcy, Franziska
 Efler, Dr. Michael
 Fuchs, Stefanie
 Gennburg, Katalin
 Gindra, Harald
 Gottwald, Gaby (Gabriele)
 Helm, Anne
 Kittler, Regina
 Klein, Hendrikje
 Leschewitz, Franziska
 Nelken, Dr. Michail
 Platta, Marion
 Ronneburg, Kristian
 Schatz, Carsten
 Schlüsselburg, Sebastian
 Schmidt, Ines
 Schmidt, Dr. Manuela
 Schubert, Katina
 Schulze, Tobias
 Seidel, Katrin
 Taş, Hakan
 Wolf, Udo
 Zillich, Steffen

86 BEFÜRWORDER

Das Landesantidiskriminierungsgesetz LADG ist verabschiedet worden. Wir dokumentieren das Abstimmungsverhalten, nennen die Befürworter und Gegner. Welche Folgen ergeben sich nun für die konkrete Polizeiarbeit? Unser Landesvorsitzender Bodo Pfalzgraf greift einzelne problematische Situationen auf.

Erste Auswirkungen

Gute Polizeiarbeit für die Menschen und am Täter sollte sich nicht von solchen Gesetzen verunsichern lassen. Doch nun filmen wir jetzt jede Überprüfungs- oder Kontroll- oder Festnahmesituation mit. Die Zahl der Tumulteinsätze wächst. Unsere tägliche Arbeit wird sich in der Kommunikation massiv verändern. Es herrscht Unsicherheit über den Gebrauch gesellschaftlich-rechtlich akzeptierter Begriffe, die sich wöchentlich, teilweise täglich ändern. Darum werden wir das, was wir machen, warum wir es machen und wie wir es machen, zukünftig noch sauberer und transparenter formulieren müssen. Unsere bisherige Arbeit wird ja durch das LADG nicht falsch. Erhöhte Sensibilität lautet das Stichwort: Aus arabischen Großfamilien werden kriminelle Großfamilien. Und die Trinkerszene am Kotti bleibt, was sie ist: eine Trinkerszene – was aber sensibler ausgedrückt werden muss.

Sicher Handeln im Einsatz und bei der Sachverhaltsaufnahme
 Wir haben den GPR genau dafür gebeten, eine Dienstvereinbarung mit der Polizeipräsidentin zu



verhandeln. Ebenso verhandelt der Hauptpersonalrat mit dem Finanzsenator für das Land Berlin. Das wird nicht einfach, aber wir müssen die Dinge pragmatisch handhaben. Die ersten Gespräche haben stattgefunden. Eine erste Verabredung waren die Einstellung der FAQ zum Thema und das dazugehörige Schaubild. Es muss oberste Priorität haben, die Handlungssicherheit und den Schutz aller Mitarbeitenden zu gewährleisten. Allen muss klar sein, dass ein enormer sofortiger Fortbildungsbedarf mit dem LADG einhergeht.

Falsche Verdächtigungen

Beweisbare falsche Verdächtigungen sollten unbedingt sofort angezeigt werden. Ansonsten gilt: Immer auf das Bauchgefühl hören! Wer merkwürdige Sachverhalte nicht unverzüglich sauber dokumentiert, begibt sich selbst in eine unglückliche Position. Die Erfahrung bestätigt den alten Grundsatz: „Wer schreibt, der bleibt.“ Wichtig ist, sich wirklich mit dem Gesetz und seinen Begründungen zu beschäftigen, um schriftlich argumentationssicher zu werden. Es empfiehlt sich unbedingt, die Tatbestände der strafrechtlichen wie polizeirechtlichen Verdachtslehre blind zu beherrschen, um Eingriffssituationen von vorneherein so rechtssicher zu beschreiben, dass nicht der Hauch eines Diskriminierungsverdachts entsteht. Das wäre eine schöne Aufgabe für alle angehenden Führungskräfte. So könnte ein allgemeiner Argumentationsfundus transparent bereitgestellt werden.

FDP



11 x

Czaja, Sebastian
Fresdorf, Paul
Förster, Stefan
Jasper-Winter, Dr. Maren
Kluckert, Florian
Krestel, Holger
Marcel Luthe (fraktionslos)
Meister, Sibylle
Schmidt, Henner
Seerig, Thomas
Wieberneit, Alexander

Fraktionslose

Kay Nerstheimer
Andreas Wild

Rechtsschutz im LADG-Fall

Es gibt keine behördliche Rechtsschutzversicherung, lediglich besondere Regeln, nach denen das Land Berlin nach einer Vorprüfung unter bestimmten Umständen seinen Mitarbeitenden behördlichen Rechtsschutz gewährt. Das erfolgt regelmäßig in Form eines Kredits. Bei Vorsatztaten helfen private Rechtsschutzversicherungen in der Regel nicht. Darum empfehle ich dringend die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, die so etwas abdecken kann. Solange sich die Beschwerde oder das Verfahren gegen die Polizeibehörde richtet, ist sowohl behördlicher Rechtsschutz als auch gewerkschaftlicher Rechtsschutz grundsätzlich ausgeschlossen, weil nur der persönliche Vorwurf Rechtsschutz ermöglicht. Und darum kann es sehr pfiffig sein, seine Gewerkschaft und

AFD



19 x

Auricht, Jeannette
Bachmann, Hanno
Brinker, Dr. Kristin
Bronson, Dr. Hugh
Buchholz, Christian
Gläser, Ronald
Hansel, Frank-Christian
Kerker, Franz
Lindemann, Gunnar Norbert
Mohr, Herbert
Neuendorf, Dr. Dieter
Pazderski, Georg
Scholtysek, Frank
Tabor, Tommy
Trefzer, Martin
Ubbelohde, Carsten
Vallendar, Marc
Weiß, Thorsten
Woldeit, Karsten

den Personalrat frühzeitig in den Sachverhalt einzubinden.

Fremdkräfte

Berlin ist als Bundeshauptstadt mit den 5 000 Veranstaltungen jährlich auf die Solidarität der anderen Bundesländer angewiesen. Die Kolleginnen und Kollegen kommen sogar gern, um den Menschen in dieser Stadt und auch uns zu helfen. Ob sie dem Berliner Senat gern helfen, steht auf einem anderen Blatt. Das entsprechende Abkommen dazu ist nicht gekündigt. Alle politischen Lautmale sind verstummt. Der Bund und die anderen Länder werden weiter nach Berlin kommen. Warum? Weil der Innensenator

CDU



25 x

Czaja, Mario
Demirbüken-Wegner, Emine
Dregger, Burkard
Evers, Stefan
Freymark, Danny
Friederici, Oliver
Goiny, Christian
Gräff, Christian
Graf, Florian
Grasse, Adrian
Juhnke, Dr. Robbin
Jupe, Claudio
Lenz, Stephan
Melzer, Heiko
Penn, Maik
Rissmann, Sven
Schmidt, Stephan
Schultze-Berndt, Jörn Jakob
Seibeld, Cornelia
Standfuß, Stephan
Statzkowski, Andreas
Stettner, Dirk
Trapp, Peter
Wansner, Kurt
Zeelen, Tim-Christopher

nichts anderes getan hat, als die Rechtslage zutreffend darzustellen und zuzusagen, dass er dies auch schriftlich gibt. Bei Diskriminierungsbeschwerden gegen Dienstkräfte anderer Bundesländer haftet das Land Berlin. Das war auch schon vor dem LADG so.

Fortsetzung im nächsten PS



Das Recht zu demonstrieren ist ein kostbares Gut. Und ein Grundrecht. Die Lust am Provozieren ist es nicht.

➤ Gedränge statt Abstand – eine große Herausforderung bei der Demonstration

„Es kam mir vor, als sollten negative Bilder erzeugt werden“

Eine Kollegin berichtet von ihren Erfahrungen während der „Black Lives Matter“-Demonstration auf dem Alexanderplatz.

Ich war am Samstag, den 6. Juni 2020, als Polizeivollzugsbeamtin am Alexanderplatz eingesetzt.

Wir fuhren gegen 17 Uhr zur Unterstützung weiterer Kollegen zum Ort. Über Funk erhielten wir die Information, dass Steine und Flaschen gezielt auf Kollegen geworfen werden.

Der Bereich der Dircksenstraße beim Bahnhof Alexanderplatz war bei unserem Eintreffen völlig überfüllt. Die Personen, überwiegend Teenager und Mittzwanzigjährige, standen dicht gedrängt beieinander. Mindestabstände wurden nicht eingehalten. Auch sah ich während des gesamten Einsatzes kaum eine Person mit einem Mundschutz. Die Stimmung unter den Anwesenden schien sehr ausgelassen. Viele Personen nutzten den Raum, um zu feiern und Alkohol zu trinken. Es kam mir so vor, als wäre nur ein kleiner Teil anwesend, um das Demonstrationsrecht auszuüben.

Ich sah, wie sich mehrere Personen auf den Dächern der Fahrgastunterstände der Tram aufhielten. Immer wieder kletterten erneut Personen auf diese. Ich sah wie beispielsweise junge Frauen auf den Dächern saßen, alkoholische Getränke konsumierten und Handyvideos drehten. Mein Empfinden war, dass die jungen Frauen augen-

scheinlich wenig Interesse am Thema der Kundgebung hatten. Eher schienen sie von der emotionalisierten Situation begeistert zu sein. Andererseits befand sich auch ein Pärchen auf diesen Dächern, welches ein Schild mit themenbezogenem Inhalt in die Luft hielt und mehrfach „Black lives matter!“ rief.

Mehrfach wurden durch die Polizei Lautsprecherdurchsagen getätigt, in denen die anwesenden Personen informiert wurden, dass die Kundgebung beendet sei. Es wurden Platzverweise ausgesprochen und die Personen zum Verlassen des Ortes aufgefordert.

Die Lautsprecherdurchsagen zeigten in dem Bereich, in dem ich mich aufhielt, kaum Wirkung. Wir begannen, die Personen aktiv anzusprechen und zum Gehen aufzufordern. Auch dies führte nicht zu dem gewünschten Ergebnis, dass sich die Personen vom Ort entfernen.

Alle anwesenden Personen hatten während des gesamten Zeitraumes die Möglichkeit, die Örtlichkeit zu verlassen. Ich hatte das Gefühl, als ob viele Personen lediglich blieben, um zu schauen, was passiert.

Vereinzelt kam es auch durch Anwesende zu Provokationen gegenüber Kollegen und auch

gegenüber meiner Person. So wurden beispielsweise Kollegen beschimpft, es wurde absichtlich den Kollegen im Weg gestanden. Vor meine Person stellte sich beispielsweise ein junger Mann, welcher wesentlich größer als ich war, absichtlich sehr dicht, sodass es zeitweise für mich nicht möglich war, etwas zu sehen. Als ich ihn ansprach und zum Gehen aufforderte, entgegnete dieser nur, dass er nun einmal dort stehen möchte und sich nicht rühren werde. Er fragte mich, was ich denn dagegen machen möchte, wenn er nicht gehe.

Weiter kam es vor, dass bei dem Versuch, die Personen durch Schieben zum Gehen zu animieren, einige sofort anfangen lautstark zu schreien und zu kreischen, sodass sich die Aufmerksamkeit der anwesenden Personen schlagartig gespannt auf das Geschehen fokussierte. Begleitet wurden diese Provokationen mit zahlreichen Handys, welche in die Richtung des Geschehens zeigten.

Zu den sich wiederholenden Sprechchören „Black lives mat-

ter!“ gesellten sich lautstarke Unmutsäußerungen in Form von lauten Sprechchören: „Ganz Berlin hasst die Polizei!“

Die Stimmung war zu Teilen auch bedrohlich, da vereinzelt Personen eine aggressive Stimmung an den Tag legten. So kam es vor, dass Flaschen mitten aus der Menge flogen. Direkt vor meiner Person schlugen zwei Glasflaschen auf den Boden auf.

Es befanden sich Personen auf der Bahnüberführung auf den Gleisen, sodass für die Kollegen weiter die Gefahr bestand, dass auch Gegenstände von oben geschmissen werden konnten.

Es kam mir so vor, als wäre die Intention dieser Provokationen, negative Bilder der Polizei zu erzeugen. Es schien, als wollten vereinzelt Anwesende Polizeigewalt für Bilder und Videos beabsichtigt hervorrufen. Die Kollegen, die ich sah, reagierten auf diese Art von Provokationen gelassen und versuchten die Situation mit viel Geduld verbal zu regeln.

➤ DPoIG Berlin warnt vor Eskalation und Unterwanderung der friedlichen Anti-Rassismus-Bekundungen

Der Landeshauptvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin hat die Angriffe auf die Polizei im Anschluss an die Anti-Rassismus-Demo in Berlin, ebenso wie die Neuköllner Randalen Anfang Juni 2020, scharf verurteilt. „Die Vorfälle bestätigen unsere Befürchtungen, dass Extremisten die Anti-Rassismus-Demonstrationen und Bekundungen für deren Zwecke missbrauchen, um Gewalt gegen die Polizei und den Staat auszuüben“, sagt Bodo Pfalzgraf, DPoIG-Landesvorsitzender.



Frisch gegründet, flott gewählt

Der neue Kreisverband Dir ZeSo stellt sich vor

Im Zuge der Strukturreform in der Polizei Berlin wurden nun, wie in der Projektgruppe „Untersuchung der Struktur der Einsatzeinheiten und Stäbe (PG EES)“ geplant, die Referate Zentraler Objektschutz und Gefangenwesen aus der Direktion Einsatz/Verkehr ausgegliedert. Zum 1. Juni 2020 wurde die Direktion Zentrale Sonderdienste im Aufbau (ZeSo i. A.) ins Leben gerufen.

Diese Veränderung hat sich auch auf die Struktur im Landesverband der DPoIG Berlin ausgewirkt. Am 26. Juni 2020 wurde auf Initiative des Landesvorstandes der Kreisverband Dir ZeSo gegründet. Die Gründungssitzung und damit verbunden die Wahl des Kreisverbandes fand in der Debeka-Landesgeschäftsstelle Berlin statt. An dieser Stelle möchten wir ein großes Dankeschön an die Debeka aussprechen, die uns als Kooperationspartner der DPoIG einen geeigneten Sitzungsraum zur Verfügung stellte. So konnten wir die gesetzlichen Abstands- und Hygieneregeln einhalten.



Der neue kommissarische Direktionsleiter Thorsten Beese bei seiner Begrüßung. Am 2. Juni wurde die Dir ZeSo mit einem kleinen Festakt offiziell in Dienst gestellt. Berlins Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik und der kommissarische Leiter der LPD, Andreas Sydow, gratulierten Polizeidirektor Thorsten Beese ebenso wie viele Amts- und Direktionsleiter.

Nach einführenden Worten durch den Landesvorsitzenden der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf, wurden die Kandidaten für den neuen Vorstand des KV Dir ZeSo durch die anwesenden Mitglieder vorgeschlagen. In einer offenen Wahl wurden an-

schließend folgende Mitglieder in den Vorstand gewählt:

1. Vorsitzender: Dietmar Möller (TB, Gef 1/SW)
2. Stellvertreter: Andreas Dittrich (TB, Gef 1/Te)
3. Stellvertreter: Andreas Gawanka (Bea, ZOS)
4. Stellvertreter: Carsten Neye (TB, Gef 1/City)
5. Schriftführer: Christian Schünemann (TB, Gef 1/Te)
6. Schatzmeister: Matthias Schmidt (Bea, Gef 1)
7. Beisitzer: Boris Biedermann (TB, Gef 1/SW)

Der Vorstand des KV Dir ZeSo hat nun neue und interessante Aufgaben. Erstmals besteht ein Kreisverband in der überwältigenden Mehrheit aus Tarifbeschäftigten. Hier gilt es nun, sich aktiv um die Belange aller Mitglieder zu kümmern. Gemeinsam sind wir stark.

Wir befinden uns zugleich im Jahr der Personalratswahlen. Nachdem die erste Wahl – des Personalrats Dir ZeSo (i. A.) – nun hinter uns liegt, stehen im Herbst die Wahlen zum GPR und HPR an. Dabei wird es die

erste Aufgabe sein, sich gut auf diese Wahlen vorzubereiten und dafür geeignete Kandidierende aufzustellen.

Und auch im nächsten Jahr gibt es Ereignisse, die ihre Schatten vorauswerfen. So findet im Herbst 2021 der Landeskongress der DPoIG Berlin statt. Dieser wird richtungsweisend für die Arbeit und das Auftreten der DPoIG Berlin in den nächsten fünf Jahren sein. Außerdem werden in der zweiten Jahreshälfte die Tarifverhandlungen zum TV-L gestartet. Hier werden wir uns zeitnah und intensiv darauf vorbereiten, um die Verhandlungsführer des dbb und der DPoIG aktiv und lautstark zu unterstützen.

Für Meinungen, Fragen und Vorschläge werden wir immer ein offenes Ohr für euch haben. So sollte es uns gemeinsam gelingen, eine aktive und interessante Gewerkschaftsarbeit zu gestalten.

*Euer Andreas Dittrich,
Kreisvorsitzender (V)
& Landestarifbeauftragter (V)*

Ergebnisse der Wahlen vom 16. Juni 2020

Neuer Vorstand des Kreisverbandes Dir E/V

Liebe Mitglieder im DPoIG-Kreisverband Direktion E/V, am 16. Juni 2020 wurde ein neuer Vorstand des Kreisverbandes Dir E/V gewählt. Hintergrund ist die Umstrukturierung in der Polizei Berlin mit der Einrichtung einer neuen Direktion Zentrale Sonderdienste für die Referate Zentraler Objektschutz und Gefangenwesen.

Der Vorstand bildet die komplette breite Fachkompetenz der einzelnen Referate der Direktion Einsatz/Verkehr ab. Er gliedert sich wie folgt:

1. Vorsitzender: Angelo Kolibabski (Stab 32)
2. Stellvertreter: Helmut Sarwas (Pensionär)
3. Stellvertreter: Kay Biewald (Abt. Verkehr Fahrradstaffel)

4. Schriftführerin: Wencke Witte (Abt. Verkehr Bußgeldstelle)
5. Schriftführer (V): Bodo Günther (Abt. Verkehr 1. BVK)
6. Schatzmeister: Roger Thiel (Abt. Verkehr)
7. Schatzmeister (V): Fabian Faberski (Abt. Verkehr Bußgeldstelle)

8. Beisitzer Diensthunde-einheit: Detlef Hampel (1.BPA DhfE)
9. Beisitzer BGSt: Ludger Otto (Abt. Verkehr Bußgeldstelle)
10. Beisitzer WSP: André Marks (WSP Mitte)
11. Beisitzer BVkD: Alexander Wurl (Abt. Verkehr 5. BVK)

Fortsetzung nächste Seite >



- 12. Beisitzer BePo: Ronny Knop (1. BPA 13. EHu)
- 13. Beisitzerin: Sabine Schumann (Stab 1)

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken, dass sie bereit sind, sich aktiv gewerkschaftlich für unsere Interessen zu engagieren. Gemeinsam freuen wir uns auf die bevor-

stehenden neuen Aufgaben und Herausforderungen.

„Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ein Erfolg.“ (Henry Ford)

Mit herzlichen Grüßen im Namen des ganzen Teams, euer Vorsitzender Angelo Kolibabski



> Hintere Reihe (von links): Detlef Hampel (Beisitzer Hunde), Fabian Faberski (stellv. Schatzmeister), Roger Thiel (Schatzmeister), Kay Biewald (stellv. Kreisvorsitzender) mittlere Reihe (von links): Ronny Knop (Beisitzer BePo), André Marks (Beisitzer WSP), Ludger Otto (Beisitzer BGSt), Bodo Günther (stellv. Schriftführer), Alexander Wurl (Beisitzer BVkD) Vordere Reihe (von links): Michael Stahl (ohne Funktion), Helmut Sarwas (stellv. Kreisvorsitzender), Angelo Kolibabski (Kreisvorsitzender)

> Neu ausgehandelt für euch

Der Zuschuss zum Erwerb der Fahrerlaubnis – was ist wichtig?

Künftig wird ein Zuschuss für die theoretische/praktische Ausbildung zum Erwerb der Fahrerlaubnis gewährt.

Wer bekommt ihn?

Dienstkräfte des PVD,

- > die die Ausbildung in der Polizei Berlin im Kalenderjahr 2020/21 erfolgreich beenden und
- > in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden und
- > zum Einstellungstermin noch keine Fahrerlaubnis der Klasse B für Schaltgetriebe erworben hatten oder diese Fahrerlaubnis innerhalb eines Jahres vor dem regulären Einstellungstermin erworben haben.

Wie bekommt man ihn?

Die Gewährung eines Zuschusses erfolgt nur auf Antrag. Der Antrag ist unter der Verwendung des Formulars P802 zusammen mit einer Kopie des Führerscheins, für die die Übereinstimmung mit dem Original bescheinigt werden muss, bei dem zuständigen Personalservice Dir ZS Pers B 1 bis 5 **bis zum 31. Oktober des Kalenderjahres der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe einzureichen.**

Später eingehende Anträge können nur im Rahmen der haushaltsrechtlichen Bestimmungen bearbeitet werden.

Wie hoch ist er?

Maximal 1 000 Euro (steuerfrei). Die Gewährung des Zuschusses erfolgt im Rahmen der im Haushaltsplan 2020/21 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Und hier das Kleingedruckte

Eine rückwirkende Gewährung des Zuschusses ist **nicht** möglich:

- > an Dienstkräfte des PVD, die die Ausbildung vor dem Kalenderjahr 2020 erfolgreich beendet haben und ins Beamtenverhältnis auf Probe berufen wurden und
- > wenn der Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse B für Schaltgetriebe länger als ein Jahr seit dem regulären Einstellungstermin zurückliegt.



Quelle: Richtlinie 2020/21 über die Gewährung eines Zuschusses zum Erwerb der Fahrerlaubnis für Dienstkräfte des Polizeivollzugsdienstes (PVD) (Stand: 11. Mai 2020)

> Nachtrag zum DPoIG Berlin Run

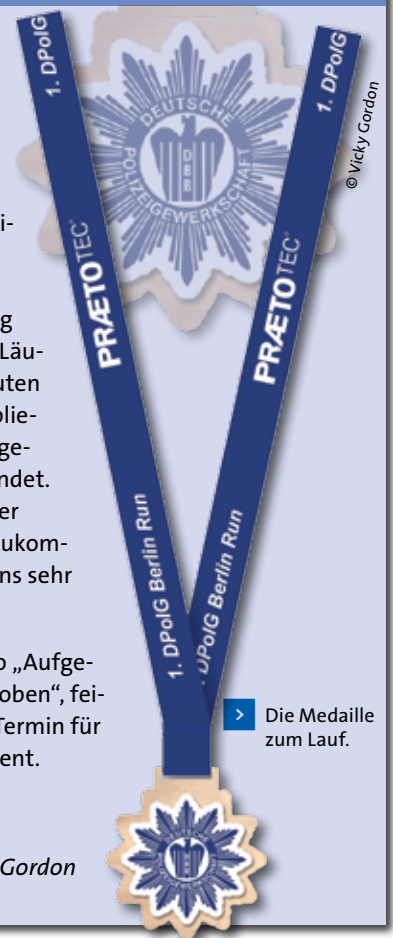
Ein großes Dankeschön!

Voller Vorfreude haben wir den 1. DPoIG Berlin Run geplant und vorbereitet. Auch wenn uns das Coronavirus leider einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, ist einigen Läufern der Ruf nach dem guten Zweck im Hinterkopf geblieben. Sie haben ihre Startgebühr trotz Absage gespendet. So sind wir in der Lage, der DPoIG-Stiftung 60 Euro zukommen zu lassen. Das hat uns sehr gerührt. Dankeschön!

Und frei nach dem Motto „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, fehlen wir an einem neuen Termin für ein gemeinsames Laufevent.

To be continued ...

Eure Vicky Gordon



> Die Medaille zum Lauf.

Frauen Netzwerk „Rock“

Wann: Donnerstag, 27. August 2020
16:00 Uhr - 20:00 Uhr „After-Work-Rock“

Ort: DPoIG - Geschäftsstelle
Alt-Moabit 95a
10559 Berlin

- Tagesordnung
- TOP1: Aus der Krise lernen - Nur Klatschen reicht nicht
 - TOP2: Frauen vor Gewalt schützen - Häusliche Gewalt (Studie des BMFSFJ)
 - TOP3: Videokonferenzen/ Webinare und Ehrenamt auf Distanz
 - TOP4: Aktuelles/ Fragens/ Probleme

Die Raumplanung macht es notwendig, sich vorher anzumelden bei sabine.schumann@dpoig-berlin.de, auch weil ein kleiner Imbiss vorbereitet wird.



Hauben werden endlich ausgeliefert – und weitere bestellt Schutz vor Rotz & Spucke

Bereits seit dem 24. Juli 2017 beschäftigt den GPR die Einführung von Spuckschutzhauben. Dieses für die Kolleginnen und Kollegen so wichtige Hilfsmittel bei körperlicher Gewalt dient in erster Linie dem Arbeitsschutz. Der Arbeitgeber war hier seit Langem in der Pflicht. Wer kennt die widerlichen Spuckangriffe von fehlgesteuerten Individuen nicht, die auch gesundheitlich bedenklich sein können? Der GPR hat ständig für die Beschaffung gekämpft. Drei Modelle wurden – schon vor zwei Jahren – getestet.

Doch zu den Gründen der überlangen Beschaffungsdauer zu lasten der Mitarbeitenden lohnt sich kein Rückblick. Wich-

tig ist, dass der GPR in der Sitzung am 19. Mai den Arbeitshinweisen zum Einsatz von Spuckschutzhauben (nur gültig für Maskentyp POL-I-VEIL blue) endlich zustimmen konnte. Damit sollen die bereits vorhandenen circa 1.200 Stück sofort in die Auslieferung kommen.

Laut Dir ZS TL B 4 wird der Restbedarf von 3.235 Stück noch zentral beschafft. Wir werden den Verbreitungsgrad intensiv beobachten, damit dezentrale „Hamster“ diesen wichtigen Arbeitsschutzaspekt nicht durch Wegschließen konterkarieren.

Schließlich führt die Coronapandemie zu einer neuen Dringlichkeit einer landeswei-

ten Einführung. Bodo Pfalzgraf, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG): „Corona zeigt uns deutlich, wie wichtig diese Hauben sind. Es ist ein gesundheitsgefährdendes Trauerspiel, dass die Politik mit meinen Kollegen aufführt.“ Denn in Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz gehören Spuckschutzhauben längst zur Standardausrüstung der Polizistinnen und Polizisten.

Die Hauben sind Einwegprodukte: einfach dünne, atmungsaktive Baumwolltüten mit großem Sichtfenster, die man sich über den Kopf stülpt, gedacht vor allem für Streifenwagenbesatzungen und Transportkommandos. Sie kosten



© Boris Biedermann

> Spuckschutzhauben sind unhandlich, aber nötig. Oder hätten Sie gerne einen Norovirus oder eine andere Infektion?

bis zu drei Euro pro Stück. Sie schützen nicht nur den Menschen, auch Dienstkleidung, Fahrzeuge und Diensträume bleiben sauber.

Doch der Vorgang soll bei der Fachaufsicht Polizei der Senatsverwaltung für Inneres angehalten worden sein. Warum ist nicht klar. ■

Draußen unterwegs

Ü-55-Generation wandert am 27. August 2020 durch den Grunewald

Nachdem wir wegen der Coronavirus-Pandemie von einem Treffen im Mai 2020 abgesehen haben und die von uns traditionell besuchte Müritz-Saga verschoben wurde*, bieten wir nun eine Wanderung durch den Grunewald an. Wir wollen den Wanderweg M nutzen. Die Beschreibung findet ihr im Internet unter dem Link: www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/rundgaenge/wanderwege/artikel.175392.php.

Wir treffen uns am Donnerstag, dem 27. August 2020, um 10 Uhr am S-Bahnhof Grunewald und wandern rund sechs Kilometer zum Grunewaldturm. Danach wären verschiedene Optionen

möglich, die wir vor Ort besprechen könnten.

Empfehlungen:

1. Bringt ein Getränk mit.
2. Kommt mit dem ÖPNV und nutzt die Monatskarte oder einen Tagesfahrchein.

Eure Anmeldung erwarten wir bis zum 20. August 2020 bei der Landesgeschäftsstelle oder direkt bei uns unter: senioren@dpolg-berlin.de. Auf ein Wiedersehen freuen sich ...

... eure Beisitzer Senioren im Landeshauptvorstand, Holger Schulz und Axel Scherbarth

* Auf der Freilichtbühne Waren finden derzeit andere kulturelle Veranstaltungen statt.



© Holger Schulz



Termine

August
13.

18 Uhr, Mitgliederversammlung Kreisverband Dir 6 Ost

Gewerkschaftliche Ausrichtung und strategisches Vorgehen leben von der Meinungsbildung und Diskussion der Mitglieder. Um uns über aktuelle gewerkschaftliche und politische Entwicklungen auszutauschen und zu informieren und um uns zu Themen aus Politik und der Polizei Berlin von unseren Gästen direkt informieren zu lassen, treffen wir uns regelmäßig in der Gaststätte „Zur S-Bahn“ an der Heinrich-Grüber-Str. 1 in 12621 Berlin. Die Tagesordnung wird gesondert veröffentlicht oder persönlich übersandt.

*Eure Kreisverbandsvorsitzende
Irina Schankowski-Herold*

August
17.

1. Landesjugendkonferenz – save the date

Am 17. August 2020 findet die 1. Landesjugendkonferenz statt. Wir freuen uns über alle Mitglieder, die interessiert sind, sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen. Alle weiteren Informationen erhalten die Mitglieder per E-Mail. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal 20 Personen begrenzt.

*Christoph Lüdicke, Beisitzer Jugend und Behnam
Teimouri Hashtgerdi, Beisitzer Jugend (V)*

August
22.

10 Uhr, Jahreshauptversammlung Kreisverband Direktion 1 (Nord)

Unser Tagungsort ist „Polo's Bistro“ an der Holzhauser Straße 62, 13509 Berlin-Reinickendorf. Ab 10 Uhr findet die Mitgliederversammlung mit Frühstück statt. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind:

- > Aktuelle Lage im Kreis- und Landesverband
- > Wahl des Kreisvorstandes
- > Beschlussfassung über die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen im Herbst 2020
- > Beschlussfassung über die Delegierten zum DPoIG-Landeskongress 2021

Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per E-Mail zu und wird auf der Homepage veröffentlicht. Bitte meldet euch mit dem Hinweis „Frühstück – Ja“ oder „Frühstück – Nein“ bis zum 13. August 2020 bei der Landesgeschäftsstelle (siehe Impressum) an.

Euer Kreisvorstand Dir 1 (Nord)

Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb
der Geschäftszeiten.

0177.3008710



© aratian / Fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in Deiner Nähe!



Kreuzbund Diözesanverband Berlin e.V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe ist der 6. September 2020.

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

> Landesredakteur DPoIG Berlin

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin,
oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.



Rechtsschutzberatung

Die Rechtsschutzberatung der DPoIG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.



Termine können unter

030.3933073-74

vereinbart werden.

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.

